



Frankfurt am Main, den 16. März 2004

Presseerklärung

PDS: Rücknahme der diskriminierenden Regelungen der Hartz-Gesetze für Asylsuchende

Heiner Halberstadt, Fraktionsvorsitzender der PDS im Römer, fordert die Bundesregierung auf, die Bestimmungen der Hartz-Gesetze zurückzunehmen, nach denen Asylbewerber Ansprüche nach dem Sozialgesetzbuch II und das Recht auf Eingliederung in den Arbeitsmarkt verlieren: „Mit diesen inhumanen Regelungen verstößt die rot-grüne Bundesregierung in einer Weise gegen das Prinzip der Gleichheit aller Menschen, wie es wohl selbst ihre schwarz-gelbe Vorgängerin nicht gewagt hätte.“

Halberstadt unterstützt den Sitzstreik der iranischen Asylsuchenden an der Hauptwache und fordert die Bundesregierung auf, ihre Forderungen zu erfüllen. Diese lauten im einzelnen:

1. Anerkennung der Menschenrechtsverletzungen im Iran durch das Bundesamt für Anerkennung ausländischer Flüchtlinge und von den Verwaltungsgerichten.
2. Abschiebestopp für Asylbewerberinnen und Asylbewerber.
3. Beseitigung der unterschiedlichen und ungerechten Lebensbedingungen der Asylbewerberinnen und Asylbewerber. Eine einheitliche Regelung für alle.
4. Arbeitserlaubnis für Asylbewerberinnen und Asylbewerber.
5. Stichtagregelung für alle sog. „Altfälle“ mit dem Ziel der Erteilung eines verfestigten Aufenthaltsstatus.
6. Abschaffung des § 58 des Asylverfahrensgesetzes und der Residenzpflicht.
7. Weg mit den Hartz-Gesetzen, wie z. B. dem Arbeitslosengesetz II, die uns Asylsuchende und Flüchtlinge ausschließen und Grundsicherung und gleiche Rechte für alle.
8. Die Verankerung der geschlechtsspezifischen Verfolgung von Frauen im Asylrecht.

Es müsse der Bundesregierung zu denken geben, dass trotz der massiven Menschenrechtsverletzungen im Iran im Jahr 2003 von 2.700 Anträgen iranischer Asylsuchender nur 181 anerkannt wurden.